Ausgabe 3/2018

JULIMAGAZIN

Relaunch der Außenpolitik
Deutschland und sein Umgang mit Trump, Putin, Erdoğan und Co.

Mama Afrika und die Tafelritter
- ein Plädoyer für gemeinsame Entwicklungs-zusammenarbeit

Der Menschenrechtsrat–
Nicht mehr als ein halbtoter Spatz?

Bildnachweis: PolaRocket / photocase.de

liberaler mittelstand
Nordrhein-Westfalen

MITTELSTAND GESTALTEN

Werde aktiv und Mitglied im Liberalen Mittelstand Nordrhein-Westfalen. Gestalte gemeinsam mit Unternehmern aus verschiedensten Branchen den deutschen Mittelstand.

Der Liberale Mittelstand ist Plattform, Netzwerk und politisches Sprachrohr für liberal gesinnte Mittelständler. Wir sind die Interessensvertretung und kompetenter Ansprechpartner von kleinen und mittelständischen Unternehmern, Freiberuflern, Selbstständigen sowie deren Mitarbeitern als selbstbestimmte Marktteilnehmer im Geiste der Aufklärung und des Liberalismus.

Unser zentrales Leitbild ist dabei Freiheit als Selbstbestimmung und Übernahme von Verantwortung für sich selbst wie auch für Unternehmen und Mitarbeiter sowie die Gesellschaft insgesamt. Die Zusammengehörigkeit von Verantwortung und Haftung ist für uns selbstverständlich.

FÜR SCHÜLER, STUDENTEN UND AZUBIS 42,00 EURO PRO JAHR.

Liberaler Mittelstand Nordrhein-Westfalen e.V., Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf, Telefon 0211. 49 70 940, Fax 0211. 88 25 31 237, E-Mail: geschaeftsstelle@liberaler-mittelstand.nrw, www.liberaler-mittelstand.nrw

Eintrittskarten Branding *Plakate* **Webdesign** **Print**
Kataloge *Präsentationen* *Newsletter*
Programmieren Content Management
Werbung System *Social Media*
Kampagnen **Corporate Identity** Flyer
Geschäftspapiere **Public** Marketingstrategien
Layout **Relations** **Design** *Webentwicklung*
Marketing Briefpapier **Banner**
Einladungen Konzepte
Corporate Design Logo

BTW MARKETING

Inhaber Michael Szopieray
Burgstraße 27
59368 Werne

Telefon 0 23 89 92 75 82
info@btw-marketing.de
www.btw-marketing.de

Tim Schütz

Chefredakteur

Liebe JuLis,

„Denken wir neu“ ist nach wie vor der zentrale Slogan der Freien Demokraten sowie der Jungen Liberalen. „Denken wir neu“ umfasst dabei auch immer wieder Neuanfänge unter der Bewahrung gut laufender Prozesse und der Neuanbindung von innovativen Ideen. Genau dieses Schema trifft nun auch auf das ehrwürdige JuLi-Magazin zu: Die bewährten Ideen des JuLi-Magazins unter der Leitung von Benita Henning, für deren riesigen Einsatz und Engagement ich mich im Namen aller JuLis in NRW bedanken möchte, wurden beibehalten und viele neue Ideen wurden eingearbeitet, um neue Impulse zu setzen. Gerade über die Mitarbeit von Anne Wickborn, die in Zukunft unter dem Slogan „Anne will …“ einen kernigen Beginn des Magazins wird, und Isabel Krämer, die mit einem interessanten Interview jedes Magazin bereichern wird, freue ich mich sehr! Zudem warten einige neue Formate auf euer Interesse und euer Feedback.

Doch nicht nur für das JuLi-Magazin wird es ein Relaunch geben. Wie ihr lesen könnt, wünschen sich zahlreiche JuLis auch einen außenpolitischen Neuanfang in diversen Sektoren: Gerade in Zeiten von populistischen und autoritären Machthabern, die über die Welt verstreut regieren, ist es umso wichtiger, die Werte der Freiheit in Form von außenpolitischen Forderungen immer neu aufleben zu lassen. So fordert Onur unter anderem Veränderungen in der Türkei, während Christian über die zwei Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit der Aufkündigung des Iran-Deals berichtet. Auch über Russland und die innerparteiliche Debatte über eine mögliche Lockerung der Sanktionen wird in diesem Magazin debattiert und in Hinblick auf die abgeschlossene Fußball-WM kritisch geschaut.

Außerdem plädiert Lennard für ein Relaunch der Entwicklungshilfe, Marc schreibt über die notwendigen Veränderungen in Europa und Ralf formuliert eine kritische Würdigung des Menschenrechtsrates. Doch bei all den wichtigen Fragen der Außenpolitik soll in diesem Magazin auch die seichtere Unterhaltung nicht zu kurz kommen: Womöglich lernt ihr auf den folgenden Seiten manche Vorstandsmitglieder der JuLis NRW noch einmal aus einem anderen Blickwinkel kennen.
In diesem Sinne, viel Spaß bei der Lektüre!

Euer

Tim

THEMEN

IN HALT

1. Anne will!
2. Türkisches Dilemma
3. Freund oder Feind – Wie umgehen mit dem Iran?
4. JuLi-Persönlichkeitstest
5. Auf ein Tschelo Kabb mit Bijan Djir-Sarai
6. Menschenrechte im Schatten einer Welt
7. Zeit für eine neue Russlandpolitik
   #TeamKubicki
   Klare Kante statt Kuschelkurs, Herr Kubicki!
8. Politik ohne Worte
9. Mama Afrika und die Tafelritter – ein Plädoyer für gemeinsame Entwicklungszusammenarbeit
10. Europas Außenpolitik– Bald mit einer Stimme?
11. Der Menschenrechtsrat – Nicht mehr als ein halbtoter Spatz?

CHEFREDAKTION/V.I.S.D.P.

Tim Schütz
(tim.schuetz@julis-nrw.de)

REDAKTION

Marc Bauer, Onur Büyükgök, Tabea Gandelheidt, Ralf Keller, Alexander Kobuss, Lennard Kroll, Isabel Kraemer (Ressortleiterin Interview), Christian Mertens, Anna Neumann, Anne Wickborn (Ressortleiterin Kolumne)

IMPRESSUM

Herausgeber und Verlag:
Junge Liberale
Landesverband NRW e.V.
Sternstraße 44,
40479 Düsseldorf
Telefon (0211) 4925185
julimagazin@julis-nrw.de

FOTOS

photocase.com

GESTALTUNG

BTW MARKETING Werbeagentur, Werne

DRUCK

frames GmbH, Essen

Das JULIMAGAZIN ist die Zeitschrift des Landesverbandes NRW der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Für Mitglieder der Jungen Liberalen ist der Bezugspreis mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Die im JULIMAGAZIN abgedruckten Beiträge und Artikel geben alleine die Meinung des jeweiligen Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber wieder.

Liebe Angie,

Anne will…

ach ja, Deutschland! Heimat der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie, der Grundrechte. Obwohl mich die WM absolut kaltgelassen hat, werde ich doch glatt ein bisschen patriotisch. Wir predigen im internationalen Dialog immer wieder Verantwortung, unterstreichen mit Nachdruck die immense Bedeutung von Rechtsstaatlichkeit und treten auch sonst konsequent für liberale Werte ein.

Zumindest fast konsequent. Zu Viktor Orbáns radikalem Bruch mit europäischen Grundrechten, seinem offenen Bekenntnis zum illiberalen Staat und seiner nationalistischen, antisemitischen und rassistischen Politik, die das Land immer weiter von der westlich-liberalen Welt entfremdet, hüllst du dich in ein fast unheimliches Schweigen. Orbáns Fidesz-Partei bleibt weiterhin Mitglied in der Europäischen Volkspartei, der auch CDU und CSU angehören, und erfährt dadurch eine (in)direkte Rückendeckung der westlichen Welt. Nehmen wir den Stop-Soros-Gesetzesentwurf, der sich primär gegen die Stiftung des US-Milliardärs George Soros richtet – 25 % Strafsteuer auf ausländische Gelder für Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die illegale Einwanderung unterstützen, ein Einreiseverbot für Ausländer, die im Verdacht stehen, das Gleiche zu tun, und die Notwendigkeit einer Überprüfung von NGOs durch die Behörden, bevor diese ihre Arbeit aufnehmen dürfen. Und diese Auflagen gibt es on top zu den bereits bestehenden Verpflichtungen für NGOs, die Gelder aus dem Ausland erhalten, sich selbst in sämtlichen Veröffentlichungen als „vom Ausland finanziert" zu deklarieren und den Behörden umfassende Informationen über die Geldgeber zur Verfügung zu stellen, welche anschließend veröffentlicht werden. An sich ein Rundumschlag, der schon eine stattliche Anzahl der europäischen Grundrechte mit Füßen tritt. Das Recht auf den Schutz personenbezogener Daten. Auf Versammlungsfreiheit. Auf freien Kapitalverkehr in der europäischen Union. Auf Achtung des Privatlebens. Aber du schweigst – Orbán trumpft also auf.

George Soros unterhält nämlich auch eine liberale Elite-Hochschule – ein Dorn im Auge des angehenden Autokraten. Dieser hat also im neuen Hochschulgesetz unter anderem festgelegt, dass Universitäten auch im Mutterland eine Hochschule betreiben müssen – eine Vorschrift, die sich so offensichtlich gegen die amerikanisch geführte Central European University richtet, dass die Frage aufkommt, ob Ungarns Staatschef einfach der Spirit gefehlt hat, um in den nächsten Bulldozer zu springen und die CEU eigenhändig dem Erdboden gleichzumachen. Zehntausende Menschen fluten in Budapest die Straßen, protestierend gegen einen Anschlag auf die Bildungsfreiheit, der sich in seiner Dreistigkeit nicht einmal mehr die Mühe gemacht hat, unter dem Mantel der Rechtsstaatlichkeit aufzutreten.

Das große Ausmaß des Protestes scheint, angesichts von Orbáns parallel laufenden Feldzugs gegen jede Form der kritischen Berichterstattung, fast wie ein Wunder. Scheinbar haben sich einige Ungarn Liebe zur Freiheit und Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit bewahrt, auch wenn Orbáns Initiative nicht wirkungslos bleibt.

Die bis zu ihrer Absetzung Ende 2016 auflagenstärkste überregionale Tageszeitung Népszabadság wird über Nacht von einem regierungsnahen Unternehmen aufgekauft und geschlossen, nachdem das sozialliberale Blatt Korruptionsskandale der Regierungsmitglieder aufdeckte. Die Tageszeitung Magyár, welche ebenfalls klar oppositionelle Inhalte veröffentlicht, schließt dagegen aus „finanziellen Gründen". Die Liste an Maßnahmen, welche Orbán ergriffen hat, um die Vielfalt und den Diskurs in Ungarns Medien drastisch zu beschneiden, ließe sich endlos fortführen, aber die Grundsituation bleibt die gleiche: Die Anzahl an kritischer Stimmen in der ungarischen Medienlandschaft hat sich in der Vergangenheit dramatisch dezimiert. Orbáns Eingreifen gefährdet die Pressefreiheit nicht nur, das demokratiebegründende Recht ist fast gänzlich untergraben worden.

Wie weit muss Orbán denn noch gehen, bis du dein Schweigen brichst und endlich offen aussprichst, dass ein solches Verhalten zum einen der Mitgliedschaft in der EU unangemessen, zum anderen auch nicht vereinbar mit der Mitgliedschaft in einer christlich-konservativen Europapartei ist? Nicht mal von der Anmerkung, die Todesstrafe müsse weiterhin in der Diskussion bleiben, hast du dich aus deinem Schweigen reißen lassen!

Versteh mich nicht falsch, ich sehe natürlich ein, dass Solidarität innerhalb einer Partei bzw. einer Parteienfamilie wie der Europäischen Volkspartei von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Natürlich verzeiht man kleine Fehltritte unter Freunden und natürlich ist es wichtig, für geringfügige politische Differenzen nicht den innerparteilichen Zusammenhalt zu riskieren. Viktor Orbáns Maß an offener Provokation und seine unverhohlene Verachtung für die Werte, auf denen unser liberaler Rechtsstaat basiert, gehen aber weit über das tolerierbare Maß an Fehltritten hinaus. Es ist nicht nur peinlich, es ist ein Verrat an den eigenen Werten, nicht für Viktor Orbáns Austritt aus der EVP einzustehen. Durch ein Schweigen zu Orbáns Mord an der Rechtsstaatlichkeit im eigenen Land machst du dich mitverantwortlich.

Anne Wickborn (17), angehende Medizinstudentin, ist Beisitzerin im Bezirksvorstand Aachen und Ressortleiterin Kolumne des Julimagazins. Ihr erreicht sie unter: **anne.wickborn@julis.de.**

Bildnachweis: Seleneos / photocase.de

Türkisches Dilemma

Im Tausch gegen Freiheit und Demokratie „wählt" das türkische Volk Recep Tayyip Erdoğan zum Staatspräsidenten. Nicht nur der Präsident, sondern das gesamte Volk muss sich auf düstere Zeiten gefasst machen.

Onur Büyükgök (20)
ist angehender BWL-Student an der Universität zu Köln und ist stellvertretender Vorsitzender der JuLis in Neuss. Er wurde in Izmir geboren und zog mit 12 Jahren nach Deutschland. Ihm liegen Außen- und Bildungspolitik besonders am Herzen. Erreichen könnt ihr ihn unter **onur199829@hotmail.com**

Als im Oktober 2005 die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgenommen wurden, gingen zahlreiche Träume und Visionen durch die Köpfe der Beteiligten. Die Europäer sahen das Potenzial eines demokratischen Partners im Nahen Osten, der sogar ein hohes Wirtschaftswachstum und stabile Finanzen vorweisen konnte, während die Türken auf mehr Zusammenarbeit und Wohlstand hofften. Erträumte man sich damals das Jahr 2018, war die Türkei mit ihrem gut ausgebildeten, jungen Volk sowie günstigen Arbeitskräften zum Produktionsstandort der europäischen Unternehmen geworden und auf bestem Weg zu einem Industrieland. Man träumte von einer Europäischen Union unmittelbar an der Grenze zu Syrien, Iran und Irak - mit einem massiven Einfluss in der Region.

Die Realität könnte nicht gegensätzlicher sein. Die Türkei befindet sich kurz vor der größten Wirtschaftskrise ihrer Geschichte: Die türkische Währung ist auf historischem Tiefpunkt, eine hohe Inflationsrate (15%) und Arbeitslosigkeit (10%) gehören mittlerweile zum Alltag und das Land verschuldet sich immer mehr mit höheren Zinssätzen. Wenn der türkische Präsident behauptet, dass niedrigere Zinsen der Notenbank die Inflation eindämmen sollen, verliert man ganz die Hoffnung in die wirtschaftliche Zukunft des Landes.

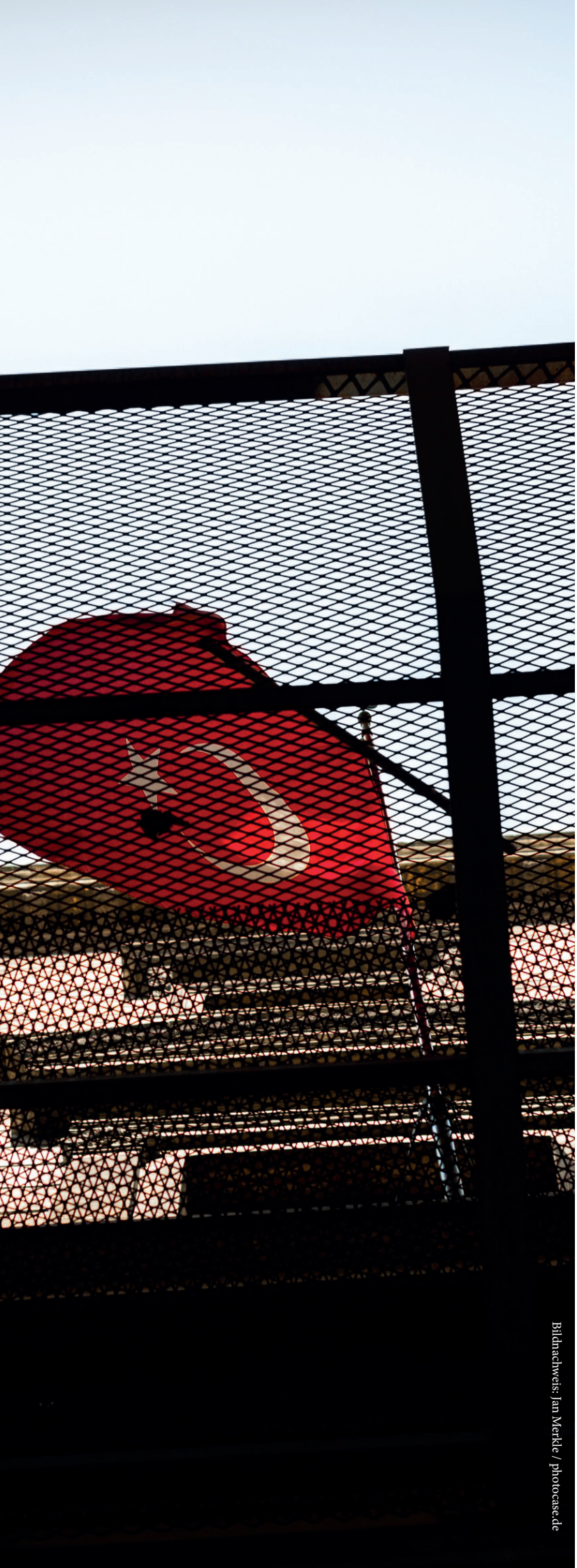
Parallel zu der negativen wirtschaftlichen Entwicklung nimmt die politische Instabilität der ehemals modernen Türkei zu. Dabei stellt sich die Frage nach der zukünftigen deutsch-türkischen Zusammenarbeit: Wie soll man mit einem Berufsdiktator zusammenarbeiten, der aus einer Laune heraus Andersdenkende verhaften lässt, Menschenrechte verachtet und nicht einmal die Gleichberechtigung von Mann und Frau anerkennt?

Erdoğan ist Gift für die Türkei

Wenn Erdoan mit 52,6% - 10% mehr als in den Umfragen(!) - zum Präsidenten gewählt wird und seine islamisch-konservative AKP mit der ultranationalistischen MHP die Mehrheit im Parlament bekommt, ist allen klar: Das Volk war noch nie so gespalten wie heute. Erdoan polarisiert. Er stellt die türkischen Intellektuellen und den modernen Westen gegen das einfache Volk und macht deutlich: Wer uns nicht wählt, wünscht sich nicht das Beste für sein Vaterland. Stammend aus einer einfachen Fischerfamilie, gibt sich der türkische Staatspräsident als die Stimme des „kleinen Mannes". Dass er und seine Kinder mittlerweile ein Vermögen von über 400 Millionen US-$ besitzen, erscheint dabei niemandem fragwürdig. Falls Erdoan dieses Vermögen durch ehrliche Investitionen aufgebaut hat, könnte er nach seiner Diktatorenkarriere in den Vorstand von Goldman Sachs einziehen.

Neues Denken in der deutschen Türkei-Politik notwendig

Pumpen wir - wie vereinbart - europäische Heranführungshilfen in Höhe von Milliarden Euro in die türkischen Staatskassen, ohne dass sich die Türkei in die richtige Richtung reformiert, spielt Europa in die Karten von Erdoan und gibt ihm keinen Anreiz dafür, seine autoritäre Politik zu ändern. Beenden wir aber - wie die FDP verlangt - einseitig die EU-Beitrittsverhandlungen, riskiert Europa einen schnelleren Abschied der Türkei vom Westen und eine stärkere Annäherung an Russland. Dies wird dadurch deutlich, dass Erdoan jetzt schon russische Rüstungsprodukte kaufen möchte.



Bildnachweis: Jan Merkle / photocase.de

2

Daher ist der richtige Ansatz, die Beitrittsgespräche nicht zu beenden, sondern sie auf Eis zu legen. Die Heranführungshilfen sollen demnach an einen Demokratisierungsprozess gekoppelt werden. Das heißt: Solange Erdoan das Land mit derselben Autorität führt und Menschenrechte verachtet, gibt es keine Geldzahlungen und keine Verhandlungen. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass wir den türkischen Staat als Partner in der Flüchtlingspolitik brauchen – die Türkei hat immerhin 3,4 Millionen Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen. Es ist in unserem Interesse, dass die Syrer dort gut versorgt werden und nicht nach Europa weiterreisen. Daher sind die europäischen Finanzhilfen für die Flüchtlinge in der Türkei angemessen. Außerdem müssen wir mit unserem NATO-Partner sicherheitspolitisch stärker zusammenarbeiten, um militärische Alleingänge der Türkei in der Zukunft zu verhindern und gegebenenfalls gemeinsame Militäreinsätze im Nahen Osten einzuleiten.

Europa und die Türkei gehören zusammen

Abgesehen von der europäischen Flüchtlings- und Sicherheitspolitik sind die Türken seit Jahrzehnten ein wichtiger Handelspartner von Europa. Sie wurden 1963 ein Teil der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und sind seit 1995 in der Zollunion. Die wirtschaftliche Partnerschaft soll unter der unberechenbaren Führung des Präsidenten zwar nicht ausgebaut werden, wir sollten aber in diesem Bereich zumindest den Status quo bewahren, um die wirtschaftliche Annäherung der Türkei an Russland und die arabischen Länder, denen Menschenrechte und Freiheit ebenfalls ein Fremdwort sind, zu verhindern.Viele Entwicklungen und Faktoren deuten darauf hin, dass Präsident Erdoan mittelfristig nicht mehr an der Macht sein wird. Es wird ihm auch nicht gelingen, aus der Türkei ein islamisch-konservatives Land zu machen. Dafür sind die kemalistischen Werte im türkischen Volk zu tief verwurzelt.

Freund oder Feind Wie umgehen mit dem Iran?

Bildnachweis: dioxin / photocase.de

Der 2015 geschlossene Atom-Deal mit dem Iran und die damit einhergehende Entspannungspolitik wurden lange Zeit als Sieg erfolgreicher Diplomatie gefeiert. Im Mai 2018 beendete Donald Trump mit seinem unerwarteten Ausstieg aus dem Atomabkommen im Alleingang die damit verbundene Aufbruchstimmung und störte die wachsenden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Iran. Was bleibt, ist die Frage nach dem künftigen Umgang mit dem Iran. Wie geht es weiter?

Dem 2015 geschlossenen Maßnahmenplan liegt mehr als ein Jahrzehnt diplomatischer Arbeit zugrunde, die in einem vorrangig von drei europäischen Staaten vorangetriebenen Verhandlungsprozess Anwendung gefunden hat. Zunächst bestand die Herausforderung darin, alle Verhandlungspartner an einen Tisch zu bekommen. Dieses galt vor allem für die USA, für die sich lange Zeit kein Grund zum Engagement für eine Entspannung des Verhältnisses zum Iran ergeben hat. Später gestaltete sich die Herausforderung eher in der Form, die Weltmächte USA, China und Russland am Verhandlungstisch zu behalten. Erst nach zehn Jahren erzielte man schließlich Schritt für Schritt die ersten Durchbrüche im gegenseitigen Werben um Inhalte des Abkommens. Letztlich gelang es 2015, nach zwölf Jahren, eine Win-Win-Situation zu erzielen. Die Welt sollte ein sicherer Ort werden, indem der Iran eingestand, sein ziviles Atomprogramm einzustellen, und im Gegenzug sollten Schritt für Schritt die gegen den Iran erhobenen Sanktionen abgebaut werden. Unmittelbar nach Abschluss des Abkommens setzte sich auch bereits eine breite Delegation von europäischen Wirtschaftsvertretern und Unternehmen in Bewegung, um den neuerlichen Zugang zu diesem attraktiven Markt für sich zu beanspruchen. Der Iran erhielt unterdessen wieder Zugang zum globalen Ölmarkt und zu den dringend benötigten internationalen finanziellen Mitteln für den Auf- und Ausbau des Landes. Lange Zeit war es ruhig und die OSZE-Beobachter lobten die Arbeit der Iraner bei der Umsetzung des Abkommens. Doch im April 2018 folgte das Unerwartete.

Neuerliche Spirale der Eskalation

Es war ein Abend im April, als Israels Ministerpräsident Netanyahu vermeintliche Beweise für eine Fortführung des Atomprogramms im israelischen Fernsehen vorlegte. Bis heute ist weder der Ursprung der Aufnahmen noch seine Echtheit von weiteren und womöglich auch unabhängigeren Quellen bestätigt worden. (Denn an dieser Stelle darf man nicht den ewigen Konflikt zwischen Israel und dem Iran außer Acht lassen, der meist im Zeichen des Aberkennens des Existenzrechts des anderen Staates steht.) Die vermeintlichen Beweise genügten, um den amerikanischen Präsidenten Donald Trump zu einem unbedachten und vor allem mit den Partnern des Abkommen unabgestimmten Schritt zu verleiten: Der Ausstieg der USA aus dem vor weniger als drei Jahren geschlossenen Atomabkommens, geschah in Trump-Manier mehr oder weniger mit einem Tweet, ehe die offizielle Stellungnahme erfolgte. Trump hat hiermit erneut unter Beweis gestellt, dass auf die USA als transatlantischen Bündnispartner kein Verlass mehr ist. Es folgte das erwartete Säbelrasseln, in dem der Iran mit eigenen, drastischen Drohungen zur Aufkündigung des Abkommens reagierte. Inmitten des Geschehens steht und stand doch schnell die Europäische Union. Allen voran Frankreich und Deutschland, deren Unternehmen den neuen Markt dankbar angenommen haben, sind nun um Deeskalation und das Fortbestehen des Abkommens bemüht. Nach anfänglich hoher Zahl von öffentlichen Stellungnahmen und Medienberichten zu diesem Thema ist es seit einigen Wochen

3

ruhig um das Thema geworden und man wartet gespannt auf die Ergebnisse der Gespräche. Ungeachtet der laufenden diplomatischen Verhandlungen stellt sich dennoch die Frage aus liberaler Perspektive, was für ein Verhältnis am Ende der Verhandlungen unter dem Strich das Ergebnis sein sollte.

Wie geht es weiter mit uns und dem Iran? – Eine persönliche Betrachtung

Grundsätzlich ist es sehr begrüßenswert, dass die Ergebnisse der langjährigen diplomatischen Zusammenarbeit nicht von weiteren Bündnispartnern des Atomabkommens leichtfertig aufgegeben wurden. Vielmehr noch: Es ist erfreulich, dass man sich die Zeit nimmt, Fakten zu den Vorwürfen zu sammeln, und der internationalen Atomaufsichtsbehörde das Vertrauen schenkt, eine neuerliche und unabhängigere Bewertung vorzunehmen.

Hieraus ergeben sich am Ende letztlich zwei Wege in die Zukunft. Zum einen den Bruch mit dem Abkommen und dem Iran – dieses wäre sicherlich im Interesse der USA– und zum anderen die Möglichkeit der Fortführung des Abkommens, gestärkt durch einen gemeinsamen Beschluss der Europäischen Union, Russlands und Chinas. Warum das Sinn macht?

Seit Jahren erleben wir einen destabilisierten Nahen und Mittleren Osten, geprägt von Kriegen, bei denen sich die USA und Russland immer häufiger als Strippenzieher im Hintergrund der sich gegenüberstehenden Parteien zeigen. Die iranische Politik und die dortigen gesellschaftlichen Werte entsprechen sicherlich nicht den westlichen Vorstellungen von Demokratie und Rechtsstaat und das Atomabkommen mit dem Iran ist ebenfalls nicht perfekt. Dennoch hat das Abkommen zur Stabilität im Nahen Osten beigetragen. Ferner hat die Öffnung der Beziehungen zwischen dem Iran und den westeuropäischen Demokratien inzwischen zu einem schrittweisen – ja, einem langsamen – Reformprozess des gesellschaftlichen Lebens im Iran beigetragen.

Immer noch kommt es zu öffentlicher Folter und drakonischen Strafen, die auf das Schärfste zu verurteilen sind und unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten einfach nur abscheulich sind. Hier müssen die westlichen Demokratien auch weiterhin den Finger in die Wunde legen und klar aufzeigen, dass wir ein anderes rechtsstaatliches Verhalten von unseren Partnern erwarten. Gleiches gilt auch für die iranische Außenpolitik und ihre Haltung gegenüber Israel. Auch hier gilt es klare Worte mit der iranischen Regierung zu sprechen, die deutlich machen, dass die Existenz Israels und seiner Bevölkerung nicht infrage zu stellen ist. Hier ist es wichtig, Schritt für Schritt die beiden verfeindeten Parteien an einen Tisch zu bringen und der Diplomatie Raum zur Entfaltung zu bieten.

Im Verhältnis zum Iran steckt so viel mehr Potenzial. Drei Jahre der Entspannungspolitik haben dies gezeigt. Für Teile der iranischen Bevölkerung hat die Aufhebung der Sanktionen erste Veränderungen mit sich gebracht. Neue Arbeitsplätze wurden von ausländischen Investoren geschaffen und durch den gestiegenen Handel hat sich auch die allgemeine Lebensqualität für einige Iraner verbessert. Bis vor Kurzem unvorstellbar: Iranische Schauspieler, Regisseure und Filme bewerben sich um internationale Auszeichnungen und gewinnen sogar. Und zuletzt hat hier auch die WM in Russland mit der Teilnahme der iranischen Fußballnationalmannschaft ihren Beitrag geleistet. Die Bilder der iranischen Bevölkerung, die erstmals die Möglichkeit bekommen hat, an Public Viewings teilzunehmen und ihre Nationalmannschaft auf den Straßen Teherans zu bejubeln, sollten uns optimistischer stimmen und Anlass zum weiteren Dialog mit dem Iran sein. Besonders bemerkenswert ist hierbei sicherlich auch, dass es erstmals Frauen möglich war, an gemeinschaftsstiftenden Ereignissen, wie dem gemeinsamen Schauen von Fußball an öffentlichen Plätzen, teilzunehmen. Ein absolutes Novum für das sonst so vom männlichen Geschlecht diktierten Leben im Iran. Es sind nur kleine Schritte, die der Iran bisher aufzuweisen hat. Diese sollten wir jedoch als Fundament für die künftige Zusammenarbeit sehen. Der gemeinsame Dialog kann nachhaltig Frieden in der Region stiften und die Ängste der Menschen abbauen.

Da das Thema doch viel komplexer ist, als im bisherigen Artikel dargestellt, lade ich alle interessierten JuLis ein, die Diskussion über die politische Beziehung zum Iran fortzuführen und hieraus einen Antrag zu erarbeiten, der die von 2006 stammende Beschlusslage erweitert und aktualisiert.

Christian Mertens

24 Jahre alt , *Master-Student im Bereich Business Management an der Leeds University Business School & Supply Chain Operator bei BP Europa SE (Bochum). Kreisvorsitzender Junge Liberale Essen, voraussichtliche Studienreise in den Iran im kommenden Jahr und Erfahrungsberichte von Bekannten mit iranischen Wurzeln.*

mertens@julis-essen.de

DKV

Mein Gesundheitstipp:

Vorteile clever kombinieren. Gesetzlich versichert – privat behandelt.

BestMed Kombitarife zur GKV.
Zusatzversicherung für gesetzlich Versicherte.

Einfach anrufen:
0179 4691889

Alle DKV-Produkte gibt es auch bei:
Sebastian T. Stachelhaus
www.ergo-stachelhaus.de
0179 4691889
Alte Rather Str. 108, 47802 Krefeld

Der Gesundheitsversicherer der ERGO

Ich vertrau der DKV

JuLi-Persönlichkeitstest

Question of the Day: Wie viel JuLi steckt in dir?

Die letzte Seite des neuen JuLi-Magazins soll in Zukunft etwas lustiger aufgebaut sein. In diesem Heft soll mit einem kleinen Augenzwinkern herausgefunden werden, inwieweit ein JuLi in dir steckt. Beantworte die folgenden Fragen wahrheitsgemäß. Dabei darfst du maximal eine Frage auslassen. Diese wird mit null Punkten bewertet. Restliche Punktzahl für deine Antworten finden sich im Kleingedruckten …

1 Landeskongress/ Bundeskongress -Partys …

a) Sind ein echtes Highlight. Man muss aber am nächsten Tag fit für die Debatte sein. (2 P.)
b) Wie? Ich gehe direkt nach der Kongressunterbrechung ins Bett und schone mich für morgen! (-3 P.)
c) Beschließe ich Arm in Arm mit dem Barkeeper und gröle auf dem Heimweg die JuLi-Hymne. (4 P.)

2 Politikdiskussionen mit meiner Familie an Weihnachten …

a) Vermeide ich. Immerhin muss ich mich voll und ganz mit meinen Gedanken auf Christi Geburt einstellen! (-5 P.)
b) Brauche ich nicht unbedingt. Es gibt andere wichtige Themen, so liberal bin ich! (1 P.)
c) Provoziere ich und verderbe mit lautstarken Diskussionen poteziellen Sozialdemokraten die Laune (5 P.)

3 Ich klatsche …

a) Inzwischen überall: im Kino, bei guten Beiträgen beim Mittagessen, beim Lesen des JuLi-Magazins, im Flugzeug nach der Landung. (4 P.)
b) Gar nicht. So toll sind die meisten Reden oder JuLi-Veranstaltungen dann doch nicht … (-4 P.)
c) Deutlich häufiger als vor meiner Zeit bei den JuLis. Ich habe bereits meine Handhaltung verändert, damit es weniger wehtut. (2 P.)

4 Christian Lindner ...

a) Hängt mehrfach über meinem Bett - natürlich in Schwarz-Weiß! (5 P.)
b) Sollte sich stärker an die FDP-Beschlusslage halten. (3 P.)
c) Ist überschätzt! Ich fordere seinen Rücktritt! (1 P.)

5 Die Wachholderstube ...

a) Ist ein kleines Lokal in Paderborn. Sehr lecker da! (-5 P.)
b) Habe ich noch nie vor drei Uhr verlassen. (3 P.)
c) Sollte dringend einmal renoviert werden! (1 P.)

6 Der letzte Leitantrag zum Thema "Generationengerechtigkeit" ...

a) Den habe ich kritisch begleitet. Dennoch können wir stolz auf das Ergebnis sein. (2 P.)
b) War mir deutlich zu kurz. Da fehlen doch zahlreiche Aspekte zum Bienenschutz und zur Drogenlegalisierung. (5 P.)
c) Ich halte nichts von einer Leitkultur! (-2 P.)

7 Den Bundestagswahlkampf 2017 ...

a) Habe ich bei Wind und Wetter am Wahlkampfstand verbracht. (2 P.)
b) Habe ich bei Taff verfolgt. Echt lame! (-5 P.)
c) Habe ich genau analysiert. Meine Freunde nennen mich schon Jörg Schönenborn. (4 P.)

8 Subventionen ...

a) Sind super! So günstig wie jetzt bin ich noch nie ins Theater gekommen! (-5 P.)
b) Subventionen? Mir ist vor Schreck fast meine Rolex in mein Kaviarsandwich gefallen. (4 P.)
c) Das regelt der Markt! (3 P.)

Auflösung: Rückseite

Auf ein Tschelo Kabāb

In dieser neuen Rubrik erwartet euch in den kommenden Ausgaben jeweils ein Interview mit liberalen Persönlichkeiten, die wir auf ihr Lieblingsessen treffen. In dieser Ausgabe erzählt euch Bijan Djir-Sarai, außenpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, etwas über seine Zeit bei den JuLis und welche außenpolitischen Herausforderungen uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten beschäftigen werden. Aber lest doch am besten selbst!

Isabel: Zunächst die Frage aller Fragen: Wieso ist Tschelo Kabāb dein Lieblingsessen?

Bijan: Nun ja, es ist ein Essen, mit dem ich quasi aufgewachsen bin. Das kenne ich noch aus meiner Kindheit. Ich esse es leider nicht sehr oft, aber ab und zu, wenn ich irgendwelche persischen Restaurants finde, sei es in Köln, Düsseldorf oder in Berlin, dann bestelle ich immer dieses Essen.

Isabel: Dann mal vom Essen zur Politik: Woher kam denn dein politisches Interesse? Wann hat es angefangen und wie kam es dazu, dass du gesagt hast, ich möchte mich politisch engagieren?

Bijan: Ich war schon sehr früh politisch interessiert und seitdem ich 14 bis 15 Jahre alt war, habe ich mich dann auch regelmäßig politisch informiert, sei es durch Zeitungen oder die Tagesschau. Und mit 18 Jahren dann wollte ich mich auch politisch engagieren und habe dann bei den Jungen Liberalen angefangen. Kurz darauf bin ich dann auch FDP-Mitglied geworden, und wie das so ist, fängt man dann an sich kommunal zu beteiligen. Es wurde mir nämlich irgendwann zu wenig, nur über Politik zu reden, ich wollte sie aktiv mitgestalten. Und das geht nur, wenn man auch tatsächlich parteipolitisch aktiv ist. Da hat mir die FDP dann am besten gefallen, weil sie genau das verkörpert hat, wofür ich auch selber stehe: Weltoffenheit, Toleranz und Eigenverantwortung.

Isabel: Und inwieweit warst du bei den JuLis aktiv? Und was hat dir an den JuLis besonders gefallen?

Bijan: Also ich habe mich zunächst einmal auf Bezirksebene engagiert, weil wir zu dem Zeitpunkt noch keinen Kreisverband im Rhein-Kreis Neuss hatten, bis dann schließlich zwei andere Ju-Li-Mitglieder und ich zusammen den Kreisverband Rhein-Kreis Neuss gegründet haben. Eines unserer Ziele war damals, unsere Mutterpartei im Kreis programmatisch etwas zu treiben. Ich war dann auch auf Landesebene viel aktiv, bin regelmäßig zu LPPWs gefahren und war bei Landeskongressen dabei. Man hat dort auch sehr viel gelernt für später. Nichtsdestotrotz waren die JuLis früher natürlich ein bisschen anders als heute; einfach braver und steifer, nicht so lebhaft und modern, wie die JuLis heute sind.

5 mit Bijan Djir- Sarai (42) *wurde im Iran geboren und war von 2009 bis 2013 sowie aktuell Mitglied des deutschen Bundestages. Sein Wahlkreis ist Neuss und er ist aktuell außenpolitischer Sprecher der FDP Bundestagsfraktion*

Bildnachweis: photocase.com

Isabel: Erst mal im Namen von uns JuLis danke für die Komplimente. (beide lachen) Schön aber, dass du noch einige gute Erinnerungen an die JuLis hast. Nun steht diese Ausgabe ja unter dem Motto Außenpolitik. Erst mal generell: Was denkst du, welches außenpolitische Thema für uns JuLis als jüngere Generation denn besonders relevant ist?

Bijan: Definitiv die Zukunft und die Entwicklung Europas. Man streitet zwar darüber, ob Europa noch als Außenpolitik zu sehen ist, aber nichtsdestotrotz glaube ich, dass insbesondere die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Entwicklung des Euroraums uns in den nächsten Jahrzehnten maßgeblich bewegen werden. Zudem haben wir die vielen großen außenpolitischen Krisen zurzeit direkt vor unserer Haustür, beispielsweise die Geschehnisse im Nahen Osten. Wenn wir dort die Probleme nicht lösen, dann werden die Probleme irgendwann zu uns kommen, und ich denke, spätestens seit der Flüchtlingskrise wissen wir, dass das so auch passiert.

Isabel: Bei uns JuLis war in letzter Zeit das Thema „Generationengerechtigkeit“ ein sehr wichtiges. Was macht denn für dich eine generationengerechte Außenpolitik aus?

Bijan: Es ist auf jeden Fall notwendig, eine verantwortungsvolle Außenpolitik zu gestalten. Etwas, was man jetzt in der Außenpolitik beschließt, kann seine vollen Auswirkungen auch erst 10 - 15 Jahre später entfalten. Nehmen wir das Beispiel Großbritannien. Diejenigen, die aus parteiinternen Gründen einen Brexit herbeigeredet haben, haben ja letztendlich die Zukunft einer ganzen Generation aufs Spiel gesetzt und den Schaden, der da angerichtet wurde, wird man vollends erst in einigen Jahren bis Jahrzehnten spüren. Dort wäre ein gewisses Verantwortungsgefühl der Politiker sehr wichtig gewesen. Weißt du, früher dachte ich immer, die Welt würde automatisch besser werden, zumindest was die Entwicklung in der EU anbelangt. Jetzt müssen wir leider sehen, dass das nicht der Fall ist. Aber gerade deshalb ist es besonders wichtig, dass wir da eine Politik machen, die Europa nicht nur weiter zusammenhält, sondern auch weiter fördert und stärkt.

Isabel: Du selber kommst ja aus einem sehr religiösen Land, dem Iran, bist aber Mitglied einer liberalen und säkularen Partei. Was spielt denn Religion in deinem Leben für eine Rolle?

Bijan: Religion ist für mich eine sehr private Angelegenheit, und so behandele ich sie auch. Öffentlich spielen für mich Religion und Glaube gar keine Rolle. Für mich ist die Religion eines Menschen nicht wichtig und beeinflusst in keinster Weise, wie ich einen Menschen sehe oder ihn bewerte. Da ist mir der Charakter der Person viel wichtiger. Ich glaube auch, die Welt heute wäre eine bessere, wenn wir etwas entspannter mit dem Thema Religion umgehen würden.

Isabel: Was siehst du als den größten außenpolitischen Fehler Deutschlands der vergangenen Legislaturperiode? Und hat dieser Fehler noch Auswirkungen bis heute?

Bijan: Der größte Fehler Deutschlands der letzten Jahre ist definitiv, dass wir im Mittleren und Nahen Osten momentan politisch gar nicht stattfinden. Wir waren sehr passiv und haben geglaubt, dass wir eine Insel der Glückseligkeit sind und uns nichts etwas anhaben kann. Spätestens seit der Flüchtlingskrise 2015 wissen wir, dass das nicht so ist, und wenn wir uns weiterhin nicht engagieren, werden diese Probleme zu uns kommen. Wir haben nichts dazu beigetragen, dass die Konflikte in der Region entschärft werden und somit die Ursachen dafür verschwinden, dass diese Menschen gezwungen sind, zu fliehen und zu uns kommen. Auch der erschreckende Zustand der Bundeswehr ist dafür symptomatisch. Wir haben es nicht für nötig befunden, in unsere Sicherheit und unsere Verteidigung zu investieren, und ich glaube, das ist ein sehr großer Fehler, den man dringend korrigieren muss. Deutschland muss sich dringend engagieren, ja gar Impulsgeber dafür sein, dass wir so schnell wie möglich eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik gestalten können. Bei einem so wichtigen Thema muss Europa mit einer Stimme sprechen, um etwas erreichen zu können.

Isabel: Amerikas verstärkte Isolation, Russlands zunehmender Bruch mit den westlichen Werten, der fortschreitende Weg der Türkei in die Diktatur; es gibt momentan weltweit viele Krisenherde. Welchen außenpolitischen Konflikt siehst du denn als am bedrohlichsten für Deutschland und die EU?

Bijan: Zurzeit beobachte ich zwar, dass das Verhältnis zu den USA nicht so gut ist wie früher. Auch wenn die USA aus meiner Sicht dennoch unser engster Verbündeter bleiben wird. Trumps Rückzug aus dem internationalen Geschehen sollten wir in Europa aber zum Anlass nehmen, uns spätestens jetzt mehr zu emanzipieren. Daher brauchen wir dringend eine gemeinsame Außenpolitik und eine gemeinsame Sicherheitspolitik. Es reicht nicht aus, wenn wir ständig nur in irgendwelchen Denkfabriken darüber reden, wir müssen das jetzt auch anpacken. Russland hat sich aus meiner Sicht in den letzten Jahren auch sehr bedrohlich entwickelt. Da brauchen wir eine glasklare Haltung gegenüber Russland, die Sanktionen gehören dazu, auf der anderen Seite brauchen wir aber auch den Dialog. Denn, langfristig betrachtet, müssen wir eines einsehen: Ohne Russland gibt es keine Sicherheit in Europa, keinen stabilen Frieden. Dass die Türkei sich so entwickelt hat, war vor zehn Jahren nicht denkbar, auch das ist eine Tragödie. Die Türkei hat sich in den letzten Jahren unter Herr Erdoğan deutlich von Europa und den europäischen Werten verabschiedet. Trotzdem bleibt die Türkei mit 3 Mio. Menschen mit türkischem Hintergrund in Deutschland natürlich ein besonderes Land für uns. Ansonsten die gesamte Region im Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika, Stichwort arabischer Frühling; die ganzen Hoffnungen, die man ja hatte, dass sich die Region zum Positiven weiterentwickelt, haben sich ja leider nicht bewahrheitet, eher ist die Region sogar etwas unruhiger und instabiler geworden. Einige Konflikte haben sich zugespitzt, und das ist definitiv ein Krisenherd, der uns noch einige Zeit beschäftigen wird.

Isabel: Und zu guter Letzt, man soll ja so aufhören, wie man angefangen hat: Lieber Lamm-Kebab oder Sauerbraten?
Bijan: Hmm, dann lieber Sauerbraten.
(lacht)

Isabel Clara Kraemer (18), *angehende Medizinstudentin, Kreisvorsitzende der JuLis Warendorf und Ressortleiterin Interviews des JuLi-Magazins.*

Bildnachweis: Sandra Wenzel / photocase.de

Menschenrechte im Schatten einer Weltveranstaltung

Anna Neumann (23)
studiert Germanistik, Geschichte und Politikwissenschaften. Sie ist für die Organisation im Bezirk Westfalen-West zuständig. Ihr erreicht sie unter
anna-neumann@julis.de.

Alle Jahre wieder… als am 14. Juni diesen Jahres die Fußball-Weltmeisterschaft in Russland angepfiffen wurde, begann zum wiederholten Male ein politisches Spektakel. Plötzlich befindet sich ein ganzes Land in einem Rausch, alle werden in den Bann jener Großveranstaltung gezogen. Warum wir gerade während solcher Großveranstaltungen ein besonderes Augenmerk auf politisches Handeln haben sollten. *Freunde veranstalten riesige Grillfeste, der sonst dauergenervte Nachbar fiebert freudig dem nächsten Spiel der deutschen Nationalmannschaft entgegen. Ja, es muss Fußball-WM sein. Ein solches Großevent lässt vorerst alle Sorgen des Alltags verfliegen. Und ein solcher Zustand der Euphorie wird nur allzu oft genutzt, um noch schnell das ein oder andere Gesetz durch das Parlament zu bringen, welches ansonsten eine viel größere mediale Aufmerksamkeit bekommen würde.*

Wie die GroKo den Euphoriezustand ausnutzte

Dieses Jahr drückte die Große Koalition noch schnell eine üppige Erhöhung der Parteienfinanzierung durch. Die klamme Kasse der SPD musste wieder gefüllt werden. Das dafür nun maßgeblich der Steuerzahler aufkommt, ist an Anmaßung nicht zu überbieten. Der mediale Aufschrei? Sehr gering. In wenigen Tagen startet ja die Fußball WM. Die Euphorie innerhalb des Landes ist nach wie vor ungebremst.

Wie die Demokratie in Russland unterminiert wird

Und dann ist da noch der Austragungsort der Weltmeisterschaft: Russland. Im Land der diesjährigen WM standen dieses Jahr ebenfalls Wahlen an. Wobei jene Wahl den Namen „Wahl“ nicht verdient. Diejenigen, die dem Kreml-Chef Putin gefährlich werden konnten, wurden einer nach dem anderen ausgeschaltet. Um nur wenige Beispiele zu nennen: der ehemalige Oppositionsführer Boris Nemzow wurde vor drei Jahren in Sichtweite des Kremls erschossen. Alexej Nawalny wurde in einem intransparenten Gerichtsverfahren verurteilt und somit von der Präsidentschaftswahl ausgeschlossen. Wahlen ohne Wettbewerb. Nach diesem Mantra verfährt der Kreml seit Jahren – eine Veränderung steht nicht in Aussicht. Putins Regime hat sich nicht nur von jeglichen liberalen Elementen seiner Demokratie verabschiedet (wie dies mittlerweile auch Polen und Ungarn tun), sondern ebenfalls den demokratischen Prozess unterminiert. Ferner mischt sich Russland wie nie zuvor in demokratische Wahlprozesse des Westens ein. Die Hackerangriffe auf die Server der Demokratischen Partei der USA waren nur die Spitze des Eisbergs. Der Politologe Yascha Mounk erkannte schon vor einiger Zeit, dass Russland die Demokratien des Westens somit untergraben will.

Welche Rolle spielt der DFB?

Die Erkenntnis, dass in Russland weder faire Wahlen stattfinden noch Grundrechte wie Presse- und Meinungsfreiheit existieren, ist nicht neu. Umso erschreckender ist die Feststellung, dass die Vorgänge in jenem Land im Hinblick auf die Fußball WM zu oft unkommentiert bleiben. Der DFB Präsident Reinhard Grindel äußerte sich angesprochen auf die politische Lage immer zurückhaltend. „Ich verweise darauf, dass sich der Fußball überheben würde, wenn man glaubt, dass wir Probleme lösen könnten, die im Augenblick weder die UNO oder die Mächtigen dieser Welt lösen können", kommentierte der Präsident in einem Interview. Sicherlich ist es nicht Aufgabe eines Fußballverbandes sich ständig und stetig zu politischen Vorgängen zu äußern. Aber getreu dem Motto „Augen zu und durch, wir können sowieso nichts ändern" sämtliche Menschenrechtsverletzungen zu übergehen, entspricht auch nicht der gesellschaftlichen Bedeutung eines solchen Verbandes. Kaum auszumalen in welcher Welt wir uns befänden, wenn jeder nach dieser Maxime handeln würde.

Schon ganz andere Töne wurden vom DFB Präsidenten bei der Causa Gündogan/Özil angeschlagen. Hier twitterte der DFB Präsident noch schnell, dass der Fußball und der DFB für Werte stünden, „die von Herrn Erdogan nicht hinreichend beachtet werden". Für solch gegensätzliche Aussagen wurde der Begriff der Doppelmoral geprägt. Während der Aufbau der türkischen Präsidialdiktatur vollkommen zu Recht und in aller Deutlichkeit kritisiert wird, bleibt die Kritik am Austragungsort der Weltmeisterschaft aus - sie steht eben im Schatten jener Weltveranstaltung.

Wie Russland die Austragung zur Imageaufwertung nutzt

Nebenbei nutzt Wladimir Putin die Großveranstaltung nun dazu, um Russland von seiner besten Seite zu präsentieren: Menschen dürfen plötzlich auf offener Straße Alkohol trinken und feiern. Modern möchte man sich zeigen, die Leute vor den Fernsehern der Welt sollen dies in aller Bestimmtheit mitbekommen. Man gibt sich freundlich, weltoffen. Die russische Nationalmannschaft schneidet gut ab und sorgt somit dafür, dass die Stimmung im Land positiv bleibt. In der Jubeltraube gehen Aktionen wie jene von Oleg Senzow fast unter: Senzow, ukrainischer Filmemacher, wurde vor nunmehr als vier Jahren verurteilt, weil er sich nach Russlands Krim Annexion weiterhin als Staatsbürger der Ukraine sah. Für das russische Regime ein klarer Fall von Terrorismus. Während dieser Weltmeisterschaft startete Senzow einen Hungerstreik. Er setzt sein Leben aufs Spiel, um auf die Menschenrechtsverbrechen Russlands aufmerksam zu machen. Bewusst, weil er weiß, dass sich momentan alle Augen auf Russland richten.

Wenn der Vorhang fällt

Was nehmen wir also aus der Großveranstaltung Fußball-Weltmeisterschaft mit? Eine solche Veranstaltung von Weltformat, wurde auch hier wieder einmal missbraucht, um die unbestreitbaren Verletzungen von Menschenrechten zu verschleiern und ein Land in einem anderen Licht zu präsentieren. Die Weltmeisterschaft war ein Geschenk für einen Despoten wie Putin. Wir tun gut daran, auch während solcher Großereignisse einen gesunden Abstand zu der euphorischen Berichterstattung zu halten.

Dem Fußball kommt in unserer Gesellschaft eine immense Bedeutung zu. Deswegen darf ein Verband von der Bedeutung des DFBs nicht einfach wegsehen. Bei der kommenden WM in Katar hat man nun die Chance, ein klares Zeichen zu setzten. Für den Stadienbau vor Ort mussten Menschen sterben, die bei unerträglichen Temperaturen und unter unwürdigen Konditionen Arenen fertigstellen, die nach 2022 kein Mensch mehr besuchen wird. Daraus müssen Konsequenzen gezogen werden; so hart diese nun sein mögen.

Die Glaubwürdigkeit des DFBs steht auf dem Spiel. Will er sie wahren, muss er für die Werte einstehen, die er selbst immer predigt. Denn keine Veranstaltung dieser Welt gibt die Legitimation dazu, Menschenrechte in den Schatten zu stellen!

6

Photo Credits: Zzsam / photocase.de

"Pro vs. Kontra : Russlandsanktionen"

Zeit für eine neue Russlandspolitik #TeamKubicki

Krach in der FDP! Das ach so eingeschworene liberale Team um den Heilsbringer aus dem Rheinland, Christian Lindner, und den erfahrenen Bad Boy Wolfgang Kubicki, der – bekanntermaßen – kein Blatt vor den Mund nimmt, bricht in der Russlandfrage auseinander. Es heißt entweder #TeamKubicki oder #TeamLindner. So scheint es zumindest, wenn man den Medien um den Bundesparteitag im Mai gefolgt ist. Dabei fordern beide eine verstärkte Kommunikation mit Russland; sie sind also gar nicht so verschieden. Dennoch bedarf es einer neuen Russlandpolitik, dazu gehört auch die Lockerung der Sanktionen.

Was ist passiert? Noch zu Beginn des 21. Jahrhunderts waren die deutsch-russischen Beziehungen auf dem Weg in eine aussichtsreiche Zukunft. Im Jahre 2001 sprach Wladimir Putin, damals frisch gewählter Präsident der Russischen Föderation, noch vor dem deutschen Bundestag – als erstes ausländisches Staatsoberhaupt sogar auf Deutsch – über die Einheit der europäischen Kultur, über die russische Hoffnung einer europäischen Integration und das große Ziel die gute Beziehung Europas mit den USA sowie den wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Potenzialen Russlands zu vereinen. Heute spricht man von der Gefahr eines zweiten kalten Krieges oder sogar schon von der Tatsache, dass wir uns bereits in einem befänden.

Die Ukrainenkrise

Spätestens seit der Krise in der Ukraine sind die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen erkaltet. Der Verlauf der Ukrainenkrise ist bis heute nicht übersichtlich. Russland hatte zweifelsohne ein Interesse an der Eingliederung der Krim. Doch dabei sollte man die Rolle der NATO nicht unterschlagen, denn seit den 1990er-Jahren ist Russland immer weiter von der NATO bedrängt worden, zuletzt mit dem geplanten Assoziationspakt zwischen der EU und der Ukraine. Als dann 2014 bekannt wird, dass in der Ukraine auf der Seite der Regierung auch noch Söldner des amerikanischen Militärdienstleisters „ACADEMI“ – allgemeinhin auch als „Blackwater“ bekannt – kämpfen, wurde die Beteiligung der USA offensichtlich. Das alles erinnert an die Stellvertreterkriege aus den Zeiten des Kalten Krieges.

Die Medien

Nicht nur der Ukrainekonflikt wurde von unschönen Ereignissen durch die Medien geprägt. Das prominenteste Beispiel ist sicherlich die Affäre um die ZDF-Dokumentation „Machtmensch Putin“, die vom Öffentlich-Rechtlichen nachweislich manipuliert wurde, um Russland negativ darzustellen. Die Darstellung Russlands in den deutschen Medien ist tatsächlich so negativ, dass selbst die Bundeszentrale für politische Bildung den Medien einen Anti-Russland-Kurs attestiert. Ebenso abenteuerlich sind die Anschuldigungen, dass Russland die US-Präsidentschaftswahl von 2016 angeblich so beeinflusst hätte, dass Donald Trump gewählt wurde. Die Anschuldigungen, dass russische Hacker tatsächlich hinter der Wahl von Trump stecken würden, füllen nach wie vor das Abendprogramm von CNN, obwohl dafür keinerlei Beweise vorliegen. Jeder, der sich mit der wirtschaftlichen Rezession und dem enormen Machtverlust Russlands seit dem Zerfall der UdSSR beschäftigt hat, wird erkennen, dass Russlands außenpolitischer Einfluss wegen der eigenen ökonomischen Schwäche keineswegs so umfassend sein kann, wie es zuweilen dargestellt wird.

7 Eine neue Russlandpolitik

Wladimir Putin ist sicherlich nicht der lupenreine Demokrat, den Altkanzler Gerhard Schröder in ihm sieht. Ja, Russland wird halb-autoritär regiert und ja, es ist nicht das freie Land geworden, das wir uns nach dem Zusammenbruch der UdSSR erhofft hatten. Aber auch wir müssen uns, als Deutschland, als Westen, als NATO der Verantwortung stellen, die wir zweifellos an dieser unhaltbaren Situation der diplomatischen Regression haben. Es kann nicht im Interesse Deutschlands sein, dass wir in eine zweite Phase der Blockbildung hineingeraten. Russland ist ein stark europäisch geprägtes Land und eine Annäherung kann am besten über die Gemeinsamkeiten unserer Kulturen und der Wirtschaft geschehen.

Deswegen sollte sich Deutschland darum bemühen, die Sanktionen gegenüber der Russischen Föderation zu lockern, um ein Zeichen zu sezten, dass man bereit ist, die Zusammenarbeit auf einen neuen Standard zu heben. Von dieser wirtschaftlichen Zusammenarbeit werden sowohl Russland als auch Deutschland profitieren und sie gräbt den Profiteuren eines Streites zwischen der EU und Russland, wie der Türkei, das Wasser ab. Darüber hinaus ist sie der erste Schritt, um die Situation in der Ukraine befrieden zu können.

Alexander Kobuss (20) *studiert Lehramt für Gymnasien mit den Fächern Geschichte sowie Sozialwissenschaften und ist Mitglied der Jungen Liberalen Köln. Seine Kernthemen sind die Bildungs-, Verteidigungs- und Außenpolitik. Ihr erreicht ihn unter* **alexkobuss@yahoo.de.**

Tabea Gandelheidt (20) *studiert Humanmedi- zin und leitet den LAK Umweltverschmutzung. Ihr Herzensthema ist die Gesundheitspolitik. Ihr erreicht sie unter* **gandelheidt@julis.de.**

Klare Kante statt Kuschelkurs, Herr Kubicki!

Wolfgang Kubicki hat in seiner langen politischen Laufbahn den Ruf eines Mannes erlangt, der sehr gerne austeilt und auch nicht davor zurückschreckt, sehr kontroverse Meinungen zu äußern. Über seinen Stil kann man geteilter Meinung sein, doch so sehr wir unser liberales „Enfant terrible“ zuweilen lieben, beim Thema Russland hört der Spaß dann irgendwann einmal auf.

In den vergangenen Jahren haben die Freien Demokraten nach außen ein Bild der Geschlossenheit gezeigt, welches in dieser Form vermutlich nur durch die Existenzkrise nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag entstehen konnte. Dass es jetzt nicht mehr nur hinter verschlossenen Türen Meinungsverschiedenheiten gibt, ist daher ein vollkommen normaler Prozess, so ungewohnt er sich zunächst auch anfühlen mag. Es ist daher gut und richtig, wenn führende Liberale den Mut haben, auch eigene Meinungen zu vertreten, und sich nicht hinter einem vermeintlichen Konsens verstecken. Ohne Widerspruch kein Diskurs.

Es gibt aber auch Formen des Meinungsstreits, die mehr Schaden anrichten als nützen. Hierunter fällt das ständige Infragestellen von Positionen, auf die sich die Freien Demokraten in ihrer Beschlusslage längst verständigt haben. Selbstverständlich steht es jedem Parteimitglied frei, seine persönliche Unzufriedenheit kundzutun; allerdings sollte man dann der Fairness halber auch darauf hinweisen, dass man mit dieser Meinung im Zweifelsfall in der Minderheit ist und nicht für die Partei sprechen kann.

Wolfgang Kubicki ist jedoch nicht nur Parteimitglied, er ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Freien Demokraten und Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Wenn er sich ohne einen derartigen Hinweis öffentlich und wiederholt in klarem Widerspruch zur Parteilinie äußert, ist das ein Stil, der irritiert. Denn dieser Stil schadet nicht nur der Partei in ihrer Außendarstellung, er wird zudem auch nicht dem hohen Stellenwert der Beschlusslage gerecht und ist ein Zeichen mangelnden Respekts gegenüber dem Bundesparteitag als höchstem Parteigremium.

Aber nicht nur im Stil verdienen Kubickis Vorstöße für ein Ende der Russland-Sanktionen entschiedenen Widerspruch.

Sein mitunter amüsantes Talent zur Selbstinszenierung darf nicht davon ablenken, dass seine Forderung brandgefährlich ist.

Russland ist kein Unschuldslamm. Unter Führung des mit zunehmender Amtsdauer (bereits seit 2000 ist er Präsident, lediglich unterbrochen von vier Jahren, in denen er aus verfassungsrechtlichen Gründen nur als Ministerpräsident amtierte) einen autoritären Kurs fahrenden Wladimir Putin verfolgt Russland das Ziel eines Wiederaufstiegs zu einer der führenden Weltmächte. In der Heimat werden Oppositionelle, Journalisten und Kulturschaffende drangsaliert und im Ausland sucht Russland seinen Einfluss durch Destabilisierung demokratischer Systeme zu stärken. Zudem werden ihm willkommene politische Gruppierungen finanziert und mit Mitteln der hybriden Kriegsführung wie Hackerangriffen ausgebaut. Aber selbst vor territorialer Aggression wie der Besetzung der Krim schreckt Putin nicht zurück. Ob die vielen ermordeten Regimegegner auf Geheiß des Kremls getötet wurden oder es sich ausnahmslos um Zufälle handelte, wird an dieser Stelle nicht hinterfragt. Es wäre ein weiterer Tropfen auf das Fass, das längst überläuft.

Die Freien Demokraten sind die Partei des Rechtsstaats, der Menschenrechte und des Völkerrechts. Gerade wir Liberale können eine solche zerstörerische Politik nicht dulden, sondern müssen unsere westlichen Werte mit allem Nachdruck verteidigen.

Der springende Punkt ist jedoch folgender: Putin ist niemand, der sich durch sanfte Worte einlullen lässt. Einseitige Zugeständnisse, wie sie Kubicki und andere fordern, werden von ihm nur als Zeichen der Schwäche gedeutet. Ein Nachgeben in der Frage der Krim-Annexion würde seinen Machthunger nur noch weiter vergrößern.

Deshalb ist es so richtig und wichtig, eine doppelte Botschaft an Russland zu senden. Wenn Russland bereit ist, seine Politik der Unterminierung westlicher Staaten zu stoppen, dann hat es einen Platz im europäischen Haus, dann lässt sich über eine stärkere Kooperation und auch über einen Abbau von Handelshemmnissen bis hin zur Schaffung einer Freihandelszone nachdenken. Setzt Russland jedoch seinen Kurs weiter fort, dann wird auch der Druck aufrechterhalten werden. Im Umgang mit der Sowjetunion war diese Strategie schon einmal erfolgreich, wenn man auf den NATO-Doppelbeschluss zurückblickt.

Putin wird weiter Grenzen überschreiten - im wahrsten Sinne des Wortes, wie bei der Krim gesehen -, wenn man ihn denn lässt. Die Antwort der FDP, die Antwort Deutschlands und die Antwort der EU muss ein deutliches, unmissverständliches „Nein“ sein.

Politik ohne Worte

Jens Teutrine

Jahrgang 1993

Landesvorsitzender seit 2018

Student der Philosophie aus Bielefeld

Dein bisheriges Fazit der Arbeit der Landesregierung?

Angela Merkel löst diese Gefühle in dir aus …

Die Grünen fordern kostenlose Verhütung für Geringverdiener. Gute Idee?

Ich auf dem ersten Landeskongress …

Leute, die das Philosophiestudium als Taxifahrer-Ausbildung abtun, finde ich …

Sollte ich nicht Politiker werden, werde ich ...

Was kannst du besser als Andrea Nahles?

Maximilian Kemler

Jahrgang 1989

seit 2017 Schatzmeister

arbeitet als Assistent der Geschäfts-führung u. ist aus dem KV Münster

Du bist Herr der Zahlen. Ist es so cool, wie es klingt?

Welche Rolle spielt Politik in deinem Privatleben?

Emmanuel Macron finde ich ...

Mein Gesichtsausdruck, wenn das neue JuLi-Magazin im Postkasten auf mich wartet ...

8

Martin Bangard

Jahrgang 2000

seit 2017 Beisitzer für Presse- u. Öffentlichkeitsarbeit

FSJler aus KV Bonn

Geht es Deutschland so schlecht, wie Alice Weidel sagt?

Wie würdest du dich ausgesetzt auf dem Parteitag der Jungen Alternative fühlen?

Hängst du zu lange am Handy?

Dein Gesichtsausdruck beim Singen der JuLi-Hymne ...

Warum ist die FDP weniger digital, als sie sich verkauft?

Vermisst du Leon Beck manchmal?

Was ist deine größte Schwäche?

Mama Africa und die Tafelritter – ein Plädoyer für gemeinsame Entwicklungszusammenarbeit

9

Oma sammelt an Weihnachten Kleidung für „die armen Kinder in Afrika“, kauft UNICEF-Postkarten und die EU macht schöne Leuchtturmprojekte nach Gießkannenprinzip. Dennoch sehen wir in der Tagesschau aus Afrika nicht viel anderes als Wasserbäuche und Krieg, insgesamt wenig Aussicht auf irgendeine Perspektive. Natürlich fragt man sich dann, ob sich die jahrelange Entwicklungshilfe eigentlich lohnt.

Wir sind uns also einig, dass es nicht weiterlaufen kann wie bisher, wenn wir wirklich etwas ändern wollen. Eine EU, die laut eigener Aussage an der Seite Afrikas an einer einander nährenden Partnerschaft arbeiten will, macht sich schon allein damit unglaubwürdig, indem sie massenhaft Hühnerfleischreste, Tomaten und andere subventionierte Agrarprodukte nach Afrika exportiert und damit die Märkte überflutet.

Auch hierbei sind wir uns einig, dass auf dieser Ebene kein oder kaum Vorankommen aus eigener Kraft möglich ist. Die Entwicklungshilfe deshalb abzuschaffen, wie manch einer meint, wäre aber eine zu kurzsichtige, maximal plumpe Herangehensweise. Gerade deshalb braucht es ein Umdenken; es braucht einen Wechsel von Entwicklungshilfe zur Entwicklungszusammenarbeit!

Es braucht gesamteuropäische Konzepte, die uns endlich handlungsfähig machen! Zuerst einmal müssen wir Handelshemmnisse abbauen. So kann es nicht sein, dass Bananen, die aus Ghana in die EU kommen, abstrusen Krümmungswinkeln entsprechen müssen. Die Krummgewächse aus Spanien aber nicht. Jegliche monetären Hilfen werden also weiterhin im Sand versinken, wenn wir unsere Märkte nicht endlich konsequent für die afrikanischen Erzeugnisse öffnen. Es gibt hierzu keine Alternative, wenn wir auf Augenhöhe miteinander handeln wollen. Gerade uns Liberalen sollte ein Freihandel, der am Ende dieser Bemühungen steht, besonders am Herzen liegen.

Handelspartnerschaften fördern unweigerlich Wohlstand im Erzeugerland, weil sie Arbeitsplätze schaffen; wagen wir endlich mehr Wertschöpfungskette in Afrika!

Der Nachbarkontinent wächst, verdoppelt sogar seine Einwohnerzahl bis 2050, und das auch in Zukunft noch mehr, was immense Potenziale birgt. Viele kluge Köpfe finden aber in ihrer Heimat nicht genug Förderung, der „Braindrain“, der momentan stattfindet, beschränkt sich nur auf diejenigen, die es sich leisten können, im reicheren Ausland zu studieren oder zu arbeiten. Grundbildung ist der erste Schritt.

So könnte sich der neue ghanaische Präsident Akufo-Addo zu einem Vorreiter entwickeln; er stellte mit seiner Rede zum 61. Independence Day seine Ideen zu einem „Ghana beyond aid“ vor – einem Ghana, das also ausländische Hilfen überwunden haben wird. Er will sein Land so führen, dass es auf Entwicklungshilfen getrost verzichten und dadurch nach eigenen Vorstellungen weiterentwickelt werden kann. Dabei legt der Präsident in seinem ersten Jahr gut vor und kann ein Wirtschaftswachstum von 3,6% in 2016 auf 7,9% in 2017 verzeichnen. Dazu seien grundlegende Verbesserungen in sechs Themenfeldern nötig: Ghana muss etwas gegen die immer noch recht hohe Arbeitslosigkeit tun. Die Jobs will er vor allem durch die Stärkung des privaten Sektors entstehen lassen. Dafür sind Bildungsinvestitionen und die Entwicklung von Infrastruktur nötig (insbesondere in ruralen Gebieten befinden sich Straßen noch immer in desolatem Zustand, auch das Schienennetz könnte mehr Kapazitäten fassen). Vor allem beim dritten Punkt, den Bildungsinvestitionen, muss man die Bestrebungen für „free SHS-ed“ (free Senior High School – Education) hervorheben! Außerdem steht Digitalisierung auf der Agenda. Verwaltungsstrukturen versinken noch oft genug in einem Ozean aus Papier, aber der Kontinent hat schon bei der Telefonie gezeigt, dass es einen für uns Europäer grundlegenden Schritt wie das Auslegen von Telefonkabeln einfach überspringen kann und gleich auf Mobilfunk setzte. Zudem sieht der Präsident auch die Veredelung von Produkten (vgl. o.: Wertschöpfungskette) als einen essenziellen Schritt: Kakao, Öl,

Bauxit und Mangan exportiert das Land in beachtlichen Mengen, die Kakaobauern beispielsweise verdienen weniger als 10 % am Schokoriegel, wobei ihr Erzeugnis doch der Hauptbestandteil ist.

Akufo-Addo könnte also nicht nur ein Reformer werden, sondern auch anderen Ländern als Beispiel dienen. Ghana ist eines der fortschrittlichsten Länder der Region, könnte aber als Mitglied der ECOWAS und der African Union zum Zugpferd werden! In allen Punkten der Kampagne stimme auch ich zu, würde sogar noch ein stärkeres Zusammenwachsen der ECOWAS oder AU anfügen. Ich will hiermit zeigen, dass der Wandel dort bereits begonnen hat, „wir Westler" müssen nun diese löbliche Bewegung begleiten, aber nicht als Oberlehrer, die den Afrikanern ins Heft diktieren, sondern als Partner am gleichen Tisch. Dabei dürfen wir nicht nach dem „Kleidercontainer-Prinzip" unsere Hilfsleistungen rüberwerfen, sondern dürfen dabei auch marktwirtschaftlich denken, das heißt vor allem in vielversprechende Projekte und Unternehmen investieren.

Durch unseren Einsatz auf dem Kontinent profitieren wir nicht nur von neu zu erschließenden Absatzmärkten der reicher werdenden Bevölkerung, sondern könnten so auch der Migrationsfrage, die uns schon lange umtreibt, nachhaltig, menschenwürdig und sukzessiv überzeugend begegnen. Durch mehr Chancen und Sicherheit im Heimatland würden wir die Zahl der Menschen, die sich auf den lebensgefährlichen Weg durch Sahara und Mittelmeer machen, maßgeblich begrenzen.

Und eine gemeinsam agierende EU hat noch einen weiteren Vorteil: Wir hätten endlich ein wirksames Instrument, um im Handel mit autokratischen Präsidenten energischer aufzutreten und auf Menschenrechte zu pochen. Eine Zahlungsverweigerung von ein paar Millionen Euro bewirkt wohl nicht mehr als ein Schulterzucken; wenn man großvolumige Projekte wie den Bau eines Hafens als Mittel in seiner Hand weiß, kann man viel mehr bewegen. Derartiges Vorgehen kann nur eine EU-Entwicklungspolitik aus einem Guss erreichen. China hat das Potenzial längst erkannt und baut Schienen in Kenia, Fabriken in Äthiopien, einen Tiefseehafen in São Tomé und beweist mit seinem Engagement zumindest eins: Die Investition und die Stärkung der afrikanischen Länder zahlt sich aus! Das Problem mit China ist aber nicht nur das Desinteresse daran, wie sein Partner es mit den Menschenrechten hält, sondern auch ‚dass es in seinem Streben nach Rohstoffen ohne Rücksicht vorgeht. Chinesische Arbeiter schürfen über Jahre schon in Ghana nach Gold: „Galamsey" wird das genannt und verunreinigt für die Bewohner lebenswichtige Flüsse. Daher dürfen wir China hier nicht das Feld überlassen!

Dazu müssen wir noch viel mehr und intensiver über dieses Thema reden und Konzepte mit liberalen Antworten entwickeln, oder eine gemeinsame Entwicklungspolitik, die umsichtig vorgeht, Probleme sukzessiv behandelt und vor allem die Afrikaner an die Tafelrunde bittet. Afrika ist der Chancenkontinent unseres Jahrhunderts!

Lennard Kroll (21) *studiert Medizin und ist im Kreisvorstand der JuLis Bochum. Erreichen könnt ihr ihn unter* **lennard.kroll@julis.de.**

Bildnachweis: David-W- / photocase.de

10 Europas Außenpolitik - Bald mit einer Stimme?

Die EU ist die Antwort auf zwei Weltkriege gewesen. Das Friedensprojekt Europa wird aktuell wieder von Bewegungen an den politischen Rändern infrage gestellt, weswegen die europäische Idee entschlossen und standhaft verteidigt werden muss. Allerdings darf sich die EU nicht nur in Abwehrkämpfe begeben, sondern muss auch nach vorne schauen und sich weiterentwickeln. Frieden zu sichern ist auf viele Weisen möglich, ohne dass dadurch Detailfragen zu Art und Umfang der europäischen Einigung festgelegt würden. In der aktuellen politischen Auseinandersetzung wird schnell klar, dass die Gründungsmotivation für immer tiefere Integrationsschritte für viele Wähler keine ausreichende Begründung mehr darstellt. Vielmehr braucht es ein neues, ein zweites Narrativ, das auf der fundamentalen Entscheidung für ein vereintes Europa aufbaut und die Entscheidung für eine immer engere Union absichert. Leitmotiv muss die Einheit Europas als Antwort auf die Veränderungen durch die Globalisierung sein.

Das Ende des Westens?

Europa und die übrigen Staaten der westlichen Welt, allen voran die USA, haben bis in die jüngste Vergangenheit eine weltweite Dominanz ausgeübt, in wirtschaftlicher, technologischer und politischer Hinsicht. Das Ende des Kalten Krieges erschien manchem Beobachter schon als das "Ende der Geschichte", als unaufhaltsamer Siegeszug von Freiheit und Wohlstand in der Welt.

Heute dagegen erleben wir eine existenzielle Krise des Westens. Ronald Reagan konnte 1987 bei seinem Berlin-Besuch noch triumphierend feststellen, dass Freiheit zu Wohlstand führe. Die Entwicklung autoritärer Staaten wie China stellt diese Verknüpfung infrage. Das Wirtschaftswachstum findet vornehmlich in den Entwicklungs- und Schwellenländern statt, ohne dass demokratische Reformen mit dem zunehmenden Wohlstand Schritt hielten. Ökonomische und finanzielle Ressourcen sind zu einem Mittel geworden, mit dem illiberale Ideologien Verbreitung finden und der Einfluss entsprechender Staaten wächst. Ganze Regionen drohen unter die heimliche Kontrolle Chinas und Russlands zu geraten, die auch vor offener territorialer Aggression nicht zurückschrecken.

Die Werte des Westens, Freiheit, Individualität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, werden nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb der EU infrage gestellt. Populistische Bewegungen, die sich gegen "das System" richten, gewinnen ebenso an Einfluss wie völkisch-autoritäre Parteien. Die Strahlkraft des Westens hat nachgelassen.

Zu allem Überfluss kann Europa auf seinen wichtigsten Bündnispartner, die USA, nur noch eingeschränkt zählen. Das Gift von Protektionismus und Populismus hat die amerikanischen Institutionen längst infiltriert und wird auch nicht kurzfristig verschwinden, wenn der Amtsinhaber im Weißen Haus wechselt. Durch zunehmende Polarisierung der sich radikalisierenden Parteien gelähmt und mit sich selbst beschäftigt, sind von den Vereinigten Staaten auf absehbare Zeit keine Impulse zu erwarten: Europa wird den USA immer die Hand zur Kooperation reichen - aber muss sein Schicksal notfalls allein in die Hand nehmen.

Europa lähmt sich selbst

Wie geht die EU damit um, dass ihr Einfluss in der Welt schrumpft? Statt enger zusammenzurücken und den verbliebenen Einfluss zu bündeln, wie es in der Wirtschaft Unternehmen tun, um sich gegen übermächtige Wettbewerber zu behaupten, können sich die Staats- und Regierungschefs regelmäßig nicht auf gemeinsame Standpunkte einigen. Im Syrienkonflikt ist die EU nahezu bedeutungslos, beim Libyenkonflikt kam es zu offenem Dissens zwischen den Staaten, selbst in der Frage des Umgangs mit Russland fehlt Einigkeit.

Einigkeit kann man nicht erzwingen, man kann nur immer wieder an das Verantwortungsbewusstsein der Politiker erinnern. Was man aber ändern kann, sind institutionelle Hemmnisse für eine kraftvolle Außenpolitik. Das Einstimmigkeitserfordernis in Fragen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) wird der Tatsache nicht gerecht, dass die Mitgliedsstaaten nicht wie beliebige fremde Staaten, die einen Vertrag schließen, zueinander stehen, sondern Teil der europäischen Union sind. Weiterhin müssen die unklaren Zuständigkeiten bei der Repräsentation geordnet werden: Der ständige Ratspräsident, die wechselnden Präsidentschaften der einzelnen Mitgliedsstaaten, die Hohe Vertreterin für Außenpolitik (letztere mit einer bedenklichen Doppelrolle in Kommission und Rat) und der EU-Kommissionspräsident haben alle unklare Aufgaben und provozieren ein uneinheitliches Auftreten. Ziel muss eine Vertretung durch einen europäischen Außenminister sein, der über das Parlament

legitimiert ist. Mittelfristig darf man auch gerne an den traditionellen Strukturen des diplomatischen Dienstes rütteln: Bedarf wirklich jeder Mitgliedsstaat überall in der Welt Botschaften? Kostspielige Doppelstrukturen sind grundsätzlich zu hinterfragen. Schließlich sollte die EU, sofern der UN-Sicherheitsrat nicht ohnehin ganz grundlegend reformiert wird, ständiges Mitglied in diesem werden.

Make trade, not war

Als im Weißen Haus noch Barack Obama residierte, formierte sich in Deutschland eine kuriose Querfront gegen TTIP: Rechte, Linke und Umweltaktivisten bekämpften massiv das geplante Freihandelsabkommen, weil die größte Schnittmenge der politischen Extreme in Deutschland seit Langem der Antiamerikanismus ist, gepaart mit Globalisierungsangst. Protektionismus findet man aber immer nur bei sich selbst in Ordnung. Deshalb hat Donald Trumps Agenda, die USA mittels Strafzöllen vor ausländischer Konkurrenz zu schützen, die Zahl der Freihandelsfreunde in kurzer Zeit massiv erhöht.

Diese Konstellation bedeutet die große Chance, den Freihandel entscheidend voranzutreiben. Eine gegenseitige Senkung und Abschaffung von Zöllen könnte durchaus auch im Interesse des amerikanischen "Dealmakers" sein - und wäre eine Win-Win-Situation für beide Partner. Dafür braucht es aber eine neue Grundlage im europäischen Recht. Es kann nicht sein, dass ,wie bei CETA, ein belgisches Regionalparlament über einen europäischen Freihandelsvertrag entscheiden darf. Wir brauchen eine ausschließliche Zuständigkeit der EU für Freihandelsabkommen.

Das Friedensprojekt Europa vervollständigen - eine europäische Armee

Keinen Krieg mehr zwischen Europäern zuzulassen, war das Hauptmotiv für die europäische Einigung. Angesichts der Vielzahl von Detailregelungen, für welche die EU zuständig ist, mutet es seltsam an, dass ausgerechnet in der Verteidigungspolitik noch so wenig auf europäischer Ebene stattfindet. Europas Armeen sollen nie wieder einander angreifen. Nationale Alleingänge in Drittländern sind aber auch kein Mittel, um in einer multipolaren Weltordnung als EU Einfluss auszuüben. Wir brauchen daher eine gemeinsame europäische Armee unter demokratischer Kontrolle des EU-Parlaments. Deutschland ist mit seinem Parlamentsheer hierfür Vorbild. Natürlich wird die NATO dadurch nicht obsolet, vielmehr ist die EU dann primär als Ganzes Mitglied und kann auf Augenhöhe mit den USA agieren. Angesichts gewaltiger Synergieeffekte dürfte der Streit um die Höhe der Militärausgaben auch deeskalieren.

Ein starkes Europa - auch im 21. Jahrhundert

2019 finden die nächsten Wahlen zum europäischen Parlament statt. Für die Zukunft Europas ist entscheidend, dass die Wähler nicht nur zwischen "Weiter so" und der Rückabwicklung der EU, sondern auch zwischen konstruktiven Reformen wählen können. Ohne diese Reformen hat die EU weder nach innen eine Chance, noch kann sie international ein Gesprächspartner auf Augenhöhe bleiben. Die gemeinsame Außen-, Handels- und Verteidigungspolitik muss schnell Realität werden - bevor Europa von anderen vor vollendete Tatsachen gestellt wird.

Marc Bauer (23) *studiert Jura im 10. Semester und ist stellvertretender Bezirksvorsitzender der JuLis Köln/Bonn. Ihr erreicht ihn unter* **marc.bauer@julis.de.**

Bildnachweis: krockenmitte / photocase.de

Der Menschenrechtsrat – Nicht mehr als ein halbtoter Spatz?

Mit dieser Aktion hat Trump für viel Aufruhr gesorgt und ordentlich Kritik eingesteckt: dem Austritt der Vereinigten Staaten aus dem UN-Menschenrechtsrat. Ist diese Kritik berechtigt oder hat Trump getan, was schon längst überfällig gewesen ist? Der Menschenrechtsrat – Was ist das überhaupt?

Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen wird von der Vollversammlung der Vereinten Nationen, in der jede Nation ein Stimmrecht hat, gewählt und hat 47 Mitglieder. Nationen werden nach Regionalgruppen gewählt, die einen festen Proporz haben. Afrika und Asien haben jeweils 13 Sitze, Lateinamerika und die Karibik haben gemeinsam 8 Sitze, Osteuropa hat 6 Sitze und Westeuropa und die restlichen Staaten teilen sich 7 Sitze. Jede Nation kann zwei Amtszeiten hintereinander im Menschenrechtsrat vertreten sein, danach muss eine Pause von einer Amtszeit eingelegt werden. Die Aufgabe das Menschenrechtsrats ist es, darauf zu achten, dass alle Nationen in der UN Menschenrechte achten – und sie zu rügen und zu verurteilen, falls dies nicht der Fall ist. Solche Verurteilungen haben allerdings nur symbolischen Charakter und haben keine weiteren Auswirkungen. Um die Menschenrechtslage in den verschiedenen Ländern bewerten zu können, wird der Rat durch das Human Rights Council Advisory Committee unterstützt (kurz: HRCAC), das in regelmäßigen Abständen zu jedem Land ein sogenanntes Universal Periodic Review (kurz: UPR) anfertigt. In diesem Review wird intensiv auf die Menschenrechtssituation in dem jeweiligen Land eingegangen und andere Nationen haben die Möglichkeit, sich dazu zu äußern.

Der Menschenrechtsrat hat 2006 die UN-Menschenrechtskommission abgelöst. Schon damals gab es Kritik am Menschenrechtsrat. Das Hauptproblem: Der Anteil der Länder im Rat, die Menschenrechte tatsächlich achten, ist zu gering, die Kriterien zur Aufnahme eines Staates sind nicht streng genug. Die USA haben aus diesem Grund gegen die Einrichtung des Rates gestimmt, sich aber dazu bereit erklärt in dem Rat mitzuarbeiten, und zeigten den Willen zur Reform der Institution. Nicht nur aus den USA, auch aus Europa gab es Bedenken hinsichtlich der Einführung des Menschenrechtsrates. Der deutsche Menschenrechtsbeauftragte Günter Nooke kommentierte, man müsse das Beste daraus machen, auch wenn „dieser Spatz in der Hand vielleicht schon halb tot ist, weil der prozentuale Anteil menschenrechtsfreundlicher Saaten noch weiter abgenommen hat“.

Bildnachweis: jock+scott / photocase.de

Ein Resümee

Was hat der Menschenrechtsrat bis jetzt geleistet? Wenn man dem Menschenrechtsrat Glauben schenkt, ist Israel das menschenrechtsfeindlichste Land der Welt. Sogar menschenrechtsfeindlicher als alle anderen Nationen zusammen! Der Menschenrechtsrat hat Israel 61 Mal verurteilt. Israel ist nach Definition des Menschenrechtsrats sogar das Land mit den schwersten Verstößen, auf Platz 2 platziert ist Syrien – mit 15 Rügen. Da stellt sich die Frage, wie häufig Saudi-Arabien verurteilt wurde. Antwort: 0 Mal.

Diese ungleiche Verteilung von Verurteilungen ist darauf zurückzuführen, dass die Mehrheit der Länder, die im Rat sitzen, schlicht und einfach antisemitisch sind und Israel deswegen verurteilen. Es mag sein, dass einzelne Aktionen Israels kritikwürdig sind, das soll allerdings nicht Inhalt dieses Artikels sein. Ganz außer Frage steht, dass Saudi-Arabien und vergleichbare Länder regelmäßig massive Menschenrechtsbrüche begehen – und dafür nicht ein einziges Mal verurteilt worden sind.

Der Menschenrechtsrat und die Scharia

Wie kann es sein, dass Nationen, die eklatant Menschenrechte missachten, nicht ein einziges Mal dafür verurteilt worden sind? Die Strategie ist einfach: Die Menschenrechtsverstöße werden unter dem Deckmantel der Religion betrieben – der Scharia.

Mit dem religiösen Rechtssystem werden die abscheulichsten Menschenrechtsverletzungen gerechtfertigt. Peitschenhiebe, Exekutionen, Steinigungen – laut der saudi-arabischen Scharia vollkommen legitim und auch keine Seltenheit. Diese Problematik wird im Menschenrechtsrat von anderen Nationen natürlich angesprochen – und sofort niedergeredet. Ein einfacher Verweis auf eine Resolution von ebendiesem Menschenrechtsrat reicht: die am 26. März 2009 beschlossene Resolution „Combating defamation of religions". Kritik an religiösen Praktiken wird damit praktisch unmöglich gemacht. Und da das saudi-arabische Rechtssystem auf der Scharia beruht, damit also auf einer religiösen Praktik, läuft jede Kritik ins Leere. Saudi-Arabien steht mit dieser Einstellung nicht alleine da, sondern hat eine breite Zustimmung von Ländern, die diese Praktik ebenfalls betreiben oder sie nicht schlecht finden. Die Zustimmung in dem Rat ist so breit, dass es nicht möglich ist, etwas dagegen zu unternehmen.

Ralf Keller ist 20 *Jahre alt, Student und stellvertretender Bezirksvorsitzender für Programmatik der JuLis OWL. Ihr erreicht ihn unter* **ralfk@julis.de.**

Was nun, was tun?

Der Menschenrechtsrat wird von der Vollversammlung gewählt. Länder, die Menschenrechte permanent verletzen, werden selbstverständlich nicht einstimmig gewählt, modernere Länder stimmen mit Nein. Leider sind die nach unserem Verständnis modernen Länder in der Unterzahl, weswegen immer wieder Länder wie Saudi-Arabien Einzug in den Menschenrechtsrat halten. Jede Veränderung von Stimmrechten in der Vollversammlung würde dem Prinzip der Gleichheit souveräner Nationen widersprechen, jede Stimmrechtsverschiebung in dem Menschenrechtsrat wäre ein willkürliches Umherschieben von Stimmrechten, was kaum demokratisch zu rechtfertigen, geschweige denn durchzuführen wäre. Eine denkbare Alternative wäre es, den Menschenrechtsrat zu entmachten und dem zurzeit existierenden Menschenrechtsausschuss, der aus unabhängigen Experten besteht, mehr Kompetenzen zu geben. Das Problem hierbei: Der Rat ist demokratisch legitimiert, der Ausschuss nicht – eine Ermächtigung des Menschenrechtsausschusses käme der Einführung einer Technokratie gleich, was ebenfalls kritisch zu bewerten wäre. Der am weitesten gehende Schritt wäre es, ein Gericht zu schaffen, das eine Rechtsprechung auf Grundlage der UN-Menschenrechtscharta betreibt: einen UN-Menschenrechtshof. Auch wenn das erstrebenswert wäre, ist es praktisch unmöglich, diese Idee umzusetzen, schließlich haben wir schon jetzt ein Problem mit Mehrheitsverhältnissen, die gegen Menschenrechte stehen.

Verbesserungen: Eine Folge des Menschenrechtsrates oder außenpolitisches Kalkül?

Die Menschenrechtslage in Saudi-Arabien ist grauenvoll. In letzter Zeit liest man allerdings häufig von Verbesserungen der Menschenrechtssituation in Saudi-Arabien. Das wird auch in den UPRs über Saudi-Arabien angemerkt. Europäische Länder loben Saudi-Arabien dafür, Menschenrechten in dem Land den Weg zu ebnen. Das kann man dem Menschenrechtsrat anrechnen – oder der Tatsache, dass Saudi-Arabien eine bessere Beziehung mit Amerika aufbauen will. Aus anderen Ländern in der Umgebung hört man schließlich nichts von Verbesserungen. Es ist also fraglich, ob der Menschenrechtsrat oder einfach außenpolitisches Kalkül für die verbesserte Situation verantwortlich ist.

Fazit

Der Menschenrechtsrat ist ein ehrenwertes Projekt. Es ist gut, dass Nationen zusammenkommen, um über Menschenrechte zu diskutieren. Der Menschenrechtsrat in seiner jetzigen Form ist allerdings des Titels nicht würdig und ist eine Beleidigung für alle menschenrechtsachtenden Menschen der Welt. Die Resolutionen, die aus diesem Rat hervorgehen, können guten Gewissens ignoriert werden, sie wurden schließlich von den größten Menschenrechtsächtern der Welt verfasst und beschlossen. Mit dieser Aussagekraft kann man den Menschenrechtsrat auch zu einem Menschenrechtsforum umfunktionieren, was zurzeit praktisch der Fall ist.

Die Auflösung

9 Auf einer Skala von 1 - 10: Wie gerne diskutierst du?

a) 1 - 5 (-3 P.)
b) 6 - 10 (1 P.)
c) Geht auch 11? (4 P.)

10 Wie ist dein Abiturschnitt?

a) Fangfrage: Nur mit einem erfolgreichen Bachelor-Abschluss kann man bei den JuLis etwas werden. (6 P.)
b) 1,0 - 2,0 (2 P.)
c) 2,1 - 4,0 (2 P.)

11 Mein Lebensmotto

a) Leben und leben lassen (3 P.)
b) Work hard, play hard (0 P.)
c) Sozialismus oder Tod (-10 P.)

12 Das JuLi - Magazin ...

a) Lese ich sofort durch, nachdem ich drei Tage vor dem Erscheinungstermin angefangen habe, vor dem Briefkasten zu kampieren. (5 P.)
b) Nutze ich zur Befeuerung des Kamins. (-8 P.)
c) Gefällt mir gut. Nur die Persönlichkeitstests nerven! (2 P.)

Dein Ergebnis:

-50 – 0 Punkte: Vielleicht wäre die Junge Union dankbar für dein Engagement. Zur Besserung solltest du schnellstmöglich alle Bücher von Friedrich August von Hayek lesen!

0 - 15 Punkte: Du bist schon gut in die JuLi - Gemeinde integriert! Dennoch solltest du mithilfe deines ersten eigenen Antrages, den du auf dem LaKo einbringst, noch tiefer in die Materie rutschen. Auf geht's!

16 - 30 Punkte: Der Liberalismus pocht durch deinen Adern. Du bist ein echter JuLi. Friedrich Naumann wäre sehr stolz auf dich gewesen!

31 - 52 Punkte: Was für Volker Beck das Chrystal und für Alexander Gauland die Hundekrawatte, sind für dich die JuLis. Vielleicht solltest du überlegen, auch mal etwas anderes als Politik zu machen. Deine Eltern machen sich schon Sorgen!